



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/230 - 5.10.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Abgeordnete und Organisationler im Zwielicht	S. 1
Japans Außenpolitik unter schlechten Stern	S. 3
Hellwege und die Schlüteraffäre	S. 5
Zeugnis des europäischen Antifaschismus	S. 7

---

## Doch noch Gewerkschaftsspaltung ?

fap- Seit einigen Wochen macht vor allem im westfälischen Raum ein "Verein für Sozialpraxis" mit der Absicht, noch in diesem Jahr eine christliche Gewerkschaft gründen zu wollen, von sich reden. Auf der Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse beantwortete der Bundestagsabgeordnete Sabel die Frage nach der Einstellung der CDU-Sozialausschüsse zu diesem Verein mit der lakonischen Feststellung, dass dieser Verein "hier" - also bei den CDU-Sozialausschüssen - nicht bekannt sei. So "unbekannt", wie der Abgeordnete Sabel meinte, dürfte den CDU-Sozialausschüssen dieser "Verein für Sozialpraxis" nun doch nicht sein. Schließlich lag der Bundestagung ein Antrag des Kreissozialausschusses Lönen vor, der die Tätigkeit dieses Vereins schärfstens abgelehnt wissen wollte. Andererseits ist dessen zweiter Vorsitzender der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Voss, der ja auf der Bundestagung in Herne einen Arbeitskreis der CDU-Sozialausschüsse leitete. Nicht zuletzt spielen aber in den CDU-Sozialausschüssen wie auch im "Verein für Sozialpraxis" die Abgeordneten Even und Winkelkeide eine Rolle.

Das Erstaunen, das diese Erklärungen und Zusammenhänge hervorriefen, wird noch ver tärt durch andere Feststellungen und Beobachtungen, nicht zuletzt die des DGB-Landesbezirkes Nordrhein-Westfalen.

Es ist nicht nur so, dass es einige Personen gibt, die ein doppelzünftiges Spiel treiben, sondern im Hintergrund spielen auch

von der Bundesregierung protegierte Organisationen eine recht fragwürdige Rolle.

Was die einzelnen Personen betrifft, zu denen auch der CDU-Abgeordnete Voss gehört, so ist es so, dass diese auf der Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse den Konferenzergebnissen zustimmten, die sich für die "Einheitsgewerkschaft aussprachen, während sie andererseits auch aktiv im "Verein für Sozialpraxis" stehen, dessen erklärtes Ziel die Gewerkschaftsspaltung ist. Noch pikantere Verhältnisse, wenn auch offenbar besser getarnt, liegen bei den Beziehungen zwischen dem "Verein für Sozialpraxis" und dem "Volksbund für Frieden und Freiheit" vor. Es besteht jedenfalls Anlass zu der Annahme, dass diese teilweise vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierte Organisation dem gewerkschaftsspalterischen Verein ihre Unterstützung angeeignet lässt.

Auffallend ist, dass der Landesbeauftragte des "Volksbundes" für Nordrhein-Westfalen gleichzeitig eine Funktion im "Verein für Sozialpraxis" bekleidet. Unwiderlegt blieb bisher auch die Meldung, dass der "Volksbund" im hessischen Raum Veranstaltungen finanzierte, in denen die Vorsitzenden des "Vereins für Sozialpraxis" Even und Voss sprachen. Daneben sieht das Bütchen des "Volksbundes", Betriebsgruppen zu gründen, bei denen man vielfach auf bereits vorhandene "Christliche" Betriebsgruppen oder Zellen der EAB und KAB zurückzugreifen versucht.

Da der Bundesminister Jakob Kaiser in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse sich nachdrücklich für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft erklärte, drängt sich zwangsläufig die Frage auf, wie sich die CDU-Sozialausschüsse zu ihren renitenten Mitgliedern, die den "Verein für Sozialpraxis" forcieren, stellen wollen, und wie lange das Gesamtdeutsche Ministerium noch eine Organisation finanzieren will die dem zuständigen Minister bei seinen Absichten und Zielen in den Rücken fällt? Um der Wahrheit willen hat die Öffentlichkeit einen Anspruch auf eine Antwort darauf.

\* \* \*

- 3 -

### Die fernöstliche Parallele zur Bonner Ostpolitik

Dr. E. Der Washingtoner Aufenthalt des japanischen Außenministers Shigemitsu hat ebensowenig den erwarteten Erfolg gebracht wie die fünfmonatigen Verhandlungen eines früheren Vorgängers von ihm, Matsu-moto's, in London mit einer sowjetischen Delegation unter Führung Maliks. Das Gemeinsame beider Verhandlungen bestand darin, nach zwei Seiten Politik zu treiben. In der Gleichzeitigkeit der Gespräche steckte die Gefahr, dass das eine auf den Gang des andern wirkt. Diese Befürchtung ist eingetreten.

Die Sowjets verfolgten die Washingtoner Begegnung ebenso scharf wie umgekehrt die USA das monatelange Teetrinken in London. Und da keine Seite Vorschuß an Japan zu zahlen bereit war, zögerten beide, die Tokioter Wünsche zu erfüllen. In Washington ging es darum, dass Japan einen größeren Beitrag zu seiner Verteidigung - und zu der des westlichen Pazifik - leisten sollte. Shigemitsu scheint seine Vollmachten dabei erheblich überschritten zu haben; denn die japanische Kritik wendet sich gegen die ersten Umriss einer Aussicht, durch einen Verteidigungspakt mit den USA zum Einsatz japanischer Truppen außerhalb des Landes gezwungen zu werden. Auch japanische Wünsche für größere Bewegungsfreiheiten im Handel mit Rotchina und der Sowjetunion sind nicht erfüllt worden; das Communiqué sagt jedenfalls darüber nichts.

Bei den Verhandlungen mit Moskau kamen die Japaner keinen Schritt weiter, von der Aussicht abgesehen, dass die Sowjets die kleinen Inseln Habomay und Shikotan wieder herausrücken. Dagegen zeigen sie keinerlei Neigung, Südsachalin und die Kurilen herauszugeben. Vor kurzem weilten nun einige sozialistische Reichstagsabgeordnete in Moskau, um dort für ein besseres Verhandlungsklima zu sorgen. Die sowjetische Presse berichtete fast wörtlich über die dabei geführten Gespräche. Daraus ergibt sich, dass die Sowjets Japan gegenüber die gleiche Methodik verwenden wie in ihren Verhandlungen mit der bundesdeutschen Delegation. Vorbedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tokio lehnten Bulganin wie Garaschtschow ab. Immerhin stellten sie auch im japanischen Fall die

Entlassung der Kriegsgefangenen in Aussicht. Dagegen wiesen sie jede japanische Bitte um Freigabe der strategischen Kurilen, des gleich wichtigen Südsachalin mit dem Hinweis ab, diese Fragen seien durch Verträge und Dokumente bereits geregelt, d.h. für Japan verloren. Meist führte Chruschtschow das Wort. Gerade er unterstrich immer wieder: Erst positive Ergebnisse über Friedensvertrag und diplomatische Beziehungen, dann wird man weiter sehen.

Nur flatterte dem japanischen Ministerpräsidenten Hatoyama eine Einladung nach Moskau auf den Schreibtisch. Die Position des Bundeskanzlers und seiner eigenen Parlamentsdelegation vor Augen fiel ihm rechtzeitig ein, dass er ein gelähmter Mann ist, und sagte bedauernd ab. Matsumoto wurde aus London zurückgerufen, nachdem vor ihm schon Malik die Stätte der Monate währenden Teestunden in Richtung UNO verlassen hatte. Er soll zunächst auch nicht nach London zurückkehren. Denn inzwischen ist zusätzlich eine sowjetische Note in Tokio eingetroffen, in der vor einem Beitritt Japans in einen Verteidigungspakt gewarnt und geraten wird, die japanische See für Nichtanlieger-Kriegsschiffe, also für amerikanische vor allem, zu sperren.

Es war der "Christian Science Monitor" in Boston, der schrieb: "Die USA beabsichtigen weiterhin, einen ruhigen, aber dauernden Druck auszuüben, um Japan zur Aufrüstung zu bringen". In Japan liest man solche Sätze mit geringem Vergnügen. Man hat ringendere Sorgen um die nackten Lebensnotwendigkeiten. Sie können - nach japanischer Auffassung - nur durch Handel mit China und der Sowjetunion gedeckt werden. Chruschtschow winkte mit sowjetischer Schiffbestellungen und bot Öl, Kohle und Holz an, alles Dinge, die Japan dringend braucht. Der Weg dazu führt aber über die sowjetischen Bedingungen, die man in London und in Moskau, also doppelt, zur Kenntnis nehmen mußte.

Zu den dringendsten japanischen Wünschen kamen aus Washington wie Moskau die gleichen schwachen Bots. Weder Okinawa wollen die USA herausgeben, noch die Kurilen die Sowjets. Auch in der Gefangen- oder Kriegsverbrecherfrage lauten die Sieger-Antworten ziemlich gleich. Mißtrauen in Washington und Moskau: Das ist der Eindruck der Japaner, die auf zwei Hochzeiten tanzen wollten und auf keiner von beiden recht in Schwung kamen.

Warum Schlüter Kultusminister wurde

Aus Niedersachsen wird uns geschrieben

Dieser Tage fand in Hannover die erste öffentliche Beweiserhebung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Sachen Leonhard Schlüter statt. Eine Hauptaufgabe dieses Ausschusses ist es bekanntlich, zu prüfen, ob Ministerpräsident Hellwege die gebotene Sorgfaltspflicht verabsäumte, als er Schlüter zum Kultusminister berief. Wir möchten dem Untersuchungsergebnis nicht vorgehen, wenn wir dem deutschen Volk nachdrücklich empfehlen, die "Entlastungsversuche" des Herrn Hellwege höher zu hängen. Denn hier wurde im Grunde ein staatspolitisches Problem allererster Ordnung deutlich; und dieser Tatbestand bedarf keiner Ergänzung mehr.

Zunächst betonte Ministerpräsident Hellwege mit großem Nachdruck, die gegen Schlüter erhobenen Vorwürfe seien "nicht genügend substantiiert" gewesen. Aus den Darlegungen der als Zeugen gehörten Professoren Woermann (Rektor der Universität Göttingen), Siebert (Dekan der juristischen Fakultät) und Weber (Prof. f. Öffentliches Recht) ging jedoch hervor, dass zumindest folgende Einwände gegen Schlüter in den Verhandlungen der Universität mit Herrn Hellwege "substantiiert" genug vorgebracht wurden:

1. Schlüters Betätigung in rechtsradikalen Gruppen, in deren Presse und Versammlungen; seine neonazistischen Äußerungen.
2. Seine Tätigkeit als Verleger (Verteidigungsrede Klagges, die Johnbroschüre des Herrn Diels usw.).
3. Was die Tätigkeit Schlüters im alliierten Polizeidienst anbelangt und die insoweit gegen ihn erhobenen Vorwürfe, so hatte Amtsgerichtsdirektor und Universitätsrat Dr. Henze den Rektor der Universität von Amte wegen darüber in Kenntnis gesetzt, dass umfangreiches Material gegen Schlüter bei den Justizbehörden liegt. Das war dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis geracht worden. Ebenso, dass auch das Verfassungsschutzamt über Schlüter erheblich belastende Unterlagen verfügt.

Gewiss hatte Herr Hellwege im Stadium der Regierungsbildung keine Möglichkeit, Einsicht in die Unterlagen der Behörden zu nehmen. Aber wenn ihm die zu 1) und 2) vorgetragenen Bedenken wirklich nicht ausreichend erschienen, auf Schlüters Bestellung zu verzichten,

so mußte er eben damit rechnen, dass sich noch mehr "substantiiertes" Material ergeben würde, wenn sich die Aktenschränke dem Ministerpräsidenten erst öffneten. Das alles bezweifelt Herr Hellwege durchaus nicht. Er gab vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wörtlich zu:

"Vor den Vertretern der vier Koalitionsparteien habe ich noch einmal meine sehr starken Bedenken vorgetragen, Herr Schlüter am 26.5. dem Landtag zur Bestätigung als Kultusminister vorzuschlagen, und ich habe gesagt, ich müßte evtl. daran denken, die Besetzung des Kultusministeriums am 26.5. auszulazern. Demgegenüber gaben jedoch sämtliche anwesenden Landtagsabgeordneten der Meinung Ausdruck, dass Herr Schlüter trotz der Bedenken der Universität Göttingen, die nicht begründet seien, zum Kultusminister ernannt werden sollte. Er habe nicht nur das Vertrauen seiner Fraktion, er habe auch das Vertrauen seiner Partei, und das sei doch ausschlaggebend."

Herr Hellwege gab überdies zu, dass man auch auf der Bonner Ebene - es war ausdrücklich vom Bundeskanzler die Rede - die gleiche Ansicht vertreten hätte. Ein Ausschussmitglied richtete an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er wirklich glaube dass die Ernennung Schlüters gegen "sehr starke Bedenken" demnach der Verantwortung für die Regierung verantwortlichen Chefs erfolgen dürfte, weil die über eine Koalition verhandelnden Parteien, diese Bedenken für "nicht begründet" hielten. Er antwortete mit dem Hinweis auf Artikel 21 des Grundgesetzes, wonach die Parteien unserer parlamentarischen Demokratie nun einmal die entscheidenden Faktoren seien und schloss:

"Wenn sich die vier Parteien von den Bedenken, die ich ihnen vorgetragen hatte, nicht beeinflussen ließen, so mußte ich das allein als vorgesehener Ministerpräsident in die Hände der Parteien legen".

Mit anderen Worten: Wenn eine Bürgerblockregierung gegen die SPD nur gebildet werden kann mit einem Kultusminister Schlüter, - mögen die Bedenken gegen ihn so schwerwiegend sein wie sie wollen - weil sonst die Partei des Herrn Schlüter nicht mehr mitspielt, dann wird er eben Kultusminister.

Was zu beweisen war.

## Und die Flamme soll Euch nicht versengen

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

In der Schweiz ist soeben die deutsche Übersetzung eines erstmalig auf italienisch erschienenen Buches herausgegeben worden, das wohl das erschütterndste Dokument aus dem Kampfe gegen Faschismus und National-Sozialismus ist. Es handelt sich um eine 550 Seiten füllende Sammlung von letzten Briefen, die zum Tode Verurteilte aus der europäischen Widerstandsbewegung - meist unmittelbar vor der Hinrichtung - geschrieben haben. (Und die Flamme soll Euch nicht versengen. Letzte Briefe zum Tode Verurteilter. Steinberg Verlag, Zürich.) Kein geringerer als Thomas Mann hat das Vorwort zu diesem Buche geschrieben. Es enthält Briefe von Belgiern, Bulgaren, Dänen, Deutschen, Franzosen, Griechen, Italienern, Jugoslawen, Luxemburgern, Holländern, Norwegern, Österreichern, Polen, Tschechoslowaken, Ungarn und Russen. Die Briefe sind nach Ländern zusammengefasst, und jedem Lande ist eine Art Einleitung beigegeben, in der versucht wird, eine Aufstellung der in diesem Lande im Kampfe gegen Faschismus und Nazismus Gefallenen zu geben. Ein großer Teil der Briefe wird in diesem Buche zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht.

Es fällt einem schwer, ja es ist beinahe unmöglich, dieses Buch mit Worten zu würdigen. Man kann es nur lesen, und es wird viele geben, die werden es nicht einmal zu Ende lesen können. Und doch geht von diesem Buche etwas ungeheuer Versöhnliches aus, denn es finden sich in den Briefen kaum Anklagen, und es scheint eine Eigenheit der menschlichen Natur zu sein, unmittelbar vor dem gewissen Tode die menschlichen Ängste abstreifen zu können und den letzten Schritt in einem Zustand großer innerer Ruhe zu tun. Auch beschäftigen sich die Briefe weitgehend nur mit dem Schicksal der zurückbleibenden Angehörigen, nicht mit dem eigenen.

Politisch sind alle Richtungen vertreten, Kommunisten und katholische Priester, Sozialdemokraten und Liberale, Offiziere und Diplomaten. Was Deutschland anbelangt, so wurden sowohl Briefe von Mitarbeitern der sog. "Roten Kapelle" - Harro und Libertas Schulze-Wechsungen, Erika von Brockdorff usw. - wie auch Briefe aus dem "Kreisauer Kreis" aufgenommen, darunter das für die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung so wichtige Dokument eines mehrere Seiten langen Briefes von Helmuth James Graf von Moltke.

Thomas Mann, der sein Vorwort zu diesem Buche im März 1954 geschrieben hatte, meint nach einem pessimistischen Hinweis auf die Restaurationstendenzen unserer Zeit: "Umsonst also, vom Leben übergegangen und verworfen der Glaube, die Hoffnung, die Opferwilligkeit seiner europäischen Jugend, die den schönen Namen der Résistance trug, des international-einmütigen "Widerstandes" gegen die Entehrung ihrer Länder, gegen die Schmach eines Hitler-Europa, den Greuel einer Hitlerwelt, die aber mehr wollte als nur widerstehen, sich als Vorkämpfer für eine besseren menschlichen Gesellschaft. Umsonst? Zuschanden geworden ihr Traum und Tod? - Es kann so nicht sein. Noch keine Idee, für die reinen Herzens gekämpft, gelitten, gestorben wurde, ist zugrunde gegangen."

Verantwortlich: Peter Raunau